

Innsbruck, 04.12.2018

DRINGENDER ANTRAG

SUCHTPOLITISCHE MASSNAHMEN

Der Gemeinderat möge beschließen

Der Bürgermeister soll mit dem Land Tirol respektive mit der zuständigen Landesrätin Gabriele Fischer unverzüglich Gespräche aufnehmen, um die Suchtkoordination und die "AG Sucht" des Beirats für psychosoziale Versorgung in Tirol zu beauftragen, die von der Stadt Innsbruck geplanten Projekte eines Suchtpräventionszentrums, einer städtischen Suchtkoordination sowie die Prüfung zur Errichtung eines Drogenkonsumraums fachlich zu prüfen und konzeptionell aufzubereiten und schließlich umzusetzen.

Begründung

Der Gemeinderat hat aufgrund aktueller Entwicklungen die folgenden suchtpolitischen Beschlüsse gefasst:

1. die Schaffung eines Suchtpräventionszentrums (Gemeinderat 25.01.2018) und einer städtischen Suchtkoordination (Gemeinderat 25.01.2018)
2. die Prüfung der Machbarkeit eines Drogenkonsumraums (Gemeinderat 15.11.2018)

Suchtpolitische Maßnahmen müssen auf fachlicher Kompetenz und Expertise begründet sein. Daher ist es für die Umsetzung der o.g. Beschlüsse unerlässlich, die in Tirol einschlägigen ExpertInnen beizuziehen.

Mesut Onay
Alternative Liste Innsbruck